

## **Systemwechsel im Gesundheitswesen Apotheken werden überproportional belastet**

(02.07.2010, BVDA -hf-) Was ist geworden aus den vollmundig verbreiteten Absichten der Koalitionäre aus CDU/CSU und FDP den dringend erforderlichen Wechsel im deutschen Gesundheitssystem herbeizuführen? Die Koalitionspartner sind meilenweit von diesem Ziel entfernt und jede Hoffnung, dass auch nur ein geringfügiger Systemwechsel eintritt, schwindet von Tag zu Tag.



Lediglich die Absicht, Kosten zu Lasten der Leistungserbringer einzusparen ist erkennbar. Der vorliegende Gesetzentwurf eines Kostendämpfungsgesetz sieht vor, dass die, bereits in den vergangenen Jahren stark beschnitten, Roherträge von Apothekern und Ärzten bis hin zum wirtschaftlichen Ruin sinken könnten. Der vorliegende Entwurf einer Novellierung der Apothekenbetriebsordnung würde zielgerichtet, sollte er in der Novellierung übernommen werden, für viele Apotheken in das wirtschaftliche Aus führen.

Die GKV-Versicherten sollen weiteren finanziellen Belastungen ausgesetzt werden; getreu dem Motto „weniger Leistungen für höhere Beiträge“.

Die erklärte Absicht der bundespolitischen Gesundheitsexperten eine überbordende Bürokratie abzubauen ist weder aus dem Gesetzentwurf noch aus dem Novellierungsvorschlag zu entnehmen. Das Gegenteil ist der Fall, mehr Dokumentation, mehr Vorschriften und ein vielfaches mehr an unrealistischen und unverständlichem findet sich im politischen Sammelbecken wieder. Die zwingend zu einem Systemwechsel gehörenden Änderungen, sei es in Richtung Kopfpauschale/Bürgerversicherung oder wie immer man das Kind beim Namen nennen sollte, hat bisher lediglich zu Streitigkeiten der Koalitionspartner aber keinesfalls weiter geführt. Voraussichtlich wird man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen. Das hat nichts mit einer durchdachten Reform zur Sicherung der Finanzierung des Systems zu tun.

Realistisch gesehen könnte es dazu kommen, dass Pharmaunternehmen pleite gehen oder ihren Firmensitz außerhalb Deutschlands suchen, Forschung und Innovation bleiben für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes auf der Strecke. Folge: Steigende Ausgaben.

Hinzu kommt ein enormer Machtzuwachs der Krankenkassen ohne diesen auch nur ansatzweise konkret vorzuschreiben ebenfalls zu sparen. Folge: Steigende Ausgaben, denn hier können die Kosten offenbar weiter ins uferlose steigen. Dies ist bekanntlich bereits jetzt, mit Blick nur auf die reinen Verwaltungskosten, der Fall. Allein von 2008 zu 2009 kletterten die Verwaltungsausgaben von rund 8,28 Milliarden Euro auf 8,95 Milliarden Euro. Eine Verpflichtung des Kostenstopps gegenüber den Kassen – nicht in Sicht. Die Zeche werden die Bürgerinnen und Bürger, durch höhere Kassenbeiträge zu tragen haben.

Aber bei Klinikbetrieben, Ärzten und Apothekern, bei den Leistungserbringern wird ein überspitzter Rotstift angesetzt. Rückläufige Erträge bei steigenden, gesetzlich gewollten Ausgaben: Das hatten sich insbesondere Apotheker und Ärzte unter einer schwarz-gelben Regierung anders vorgestellt. Selbst das seinerzeitige, rote BMG hatte für zusätzliche Milliarden gesorgt und beispielsweise eine morbiditätsabhängige Vergütung eingeführt.

Schwarz-Gelb hingegen rudert in die Steinzeit und macht einen Rückzieher nach dem anderen.

Zudem fordert der BVDA die sofortige Abschaffung des so genannten Apothekenabschlages zu Gunsten der GKV-Kassen. Wenn Apotheken, gesetzlich vorgeschrieben bekommen, dass ihnen keine Rabatte gewährt werden dürfen dann können auch Rabatte nicht gewährt werden. Die vorgesehene gekürzte, neue Honorierung des Großhandels wird die Apotheken zusätzlich treffen. Offenbar ist dies genau das, was der Gesetzgeber beabsichtigt; nämlich ein Apothekensterben, insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Regionen.

Wenn Mandatsträgern die gestalterische Kraft für einen Systemwechsel fehlt, sollte es nicht wundern, dass die Marktbeteiligten in Scharen von der Fahne gehen und die Wähler sich in überproportional hohen Prozentzahlen anschließen, wie dies die letzten Umfragen zur politischen Stimmungslage belegen. Wem der Mut fehlt, im eigenen Land klar, deutlich und ehrlich zu sagen wie es tatsächlich um das Sozial- und Gesundheitswesen steht und unmißverständlich darauf hinweist, dass alle in diesem Land lebenden Menschen heute die Last tragen müssen, hat seinen Anspruch für politische Verantwortung verwirkt.